

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 18. Jänner 1960

Blatt 64

## Veränderungen in der Fürsorge

=====

18. Jänner (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 17. Jänner, über eine Reform des Wiener Fürsorgewesens.

Der Bürgermeister führte aus: "Mit Beginn dieses Jahres hat die Wiener Stadtverwaltung eine Reform im Fürsorgewesen durchgeführt. Die Fürsorgeamtsvorstände schieden aus ihrer Funktion und die Aufgaben der Pflichtfürsorge wurden den Magistratischen Bezirksämtern zugewiesen, während für die freiwilligen Fürsorgeleistungen nunmehr die Bezirksvorsteher zuständig sind. Gleichzeitig hat man die Zahl der ehrenamtlichen Fürsorgeräte von 3.360 auf 1.860 herabgesetzt. Dieser Beschluß ist uns nicht leicht gefallen, da wir wissen, daß gerade das Fürsorgewesen durch die ehrenamtlichen Fürsorgeräte und ihre wertvolle Arbeit in der Bevölkerung äußerst populär geworden ist. Aber es wäre wohl wirklich nicht mehr am Platze gewesen, für die immer geringer werdende Zahl der Dauerbefürsorgten einen so großen Apparat aufrechtzuerhalten.

Wenn nun die scheidenden 23 Fürsorgeamtsvorstände, ihre Stellvertreter und 1.500 ehrenamtlichen Fürsorgeräte ihre Arbeit in andere Hände legen, so ist es mir ein aufrichtiges Bedürfnis, diesen Frauen und Männern für ihre Tätigkeit im Dienste der Wiener Bevölkerung meinen herzlichen Dank auszusprechen. Sie haben viel dazu beigetragen, daß das Wiener Fürsorgewesen keine Fürsorgemaschine wurde, sondern stets und in erster Linie den hilfsbedürftigen Menschen sieht, dessen Not gelindert werden muß.

Die großen Veränderungen im Fürsorgewesen, zu denen sich die Gemeindeverwaltung nach gründlichen Überlegungen entschlossen hat,

./.



haben ihre Ursachen in dem tiefgreifenden Wandel, der sich in der sozialen Struktur unserer Bevölkerung vollzogen hat. Zwei Tatsachen sind es vor allem, die dazu beigetragen haben. Erstens die fühlbare Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Gesamtbevölkerung, die es mit sich gebracht hat, daß bedeutend weniger Menschen die öffentliche Fürsorge in Anspruch nehmen müssen. Es ist der große Segen der Arbeitsbeschaffungspolitik, daß viele Menschen keine Fürsorge mehr brauchen, weil sie Arbeit und Lohn haben. Deshalb macht die Gemeinde alljährlich so große Anstrengungen zur Sicherung der Vollbeschäftigung, weil sie weiß, daß zur Hebung der sozialen Lage der Bevölkerung die Arbeitsbeschaffung besser ist als die beste Fürsorge.

Die zweite Tatsache, die die soziale Struktur unserer Bevölkerung in den letzten Jahren in entscheidender Weise geändert hat, ist der weitere Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Die Republik Österreich hatte trotz ihrer Kleinheit und Armut schon immer sehr wirksame soziale Gesetze, die sie in die Reihe der fortschrittlichsten Länder stellte. Diese Gesetze sichern zehntausenden Menschen nach einem arbeitsreichen Leben die Existenzgrundlage. Auf diese Weise werden die sozialen Spannungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungskreisen verkleinert, ein sozialer Ausgleich ermöglicht und dadurch alle Bestrebungen zur Aufrechterhaltung des sozialen Friedens in unserer Bevölkerung gefördert. Zu diesen Gesetzen zählt aus der ersten Republik vor allem das Arbeitslosenversicherungsgesetz, das in den Jahren der Weltwirtschaftskrise eine ungeheure Bedeutung hatte und damals hunderttausende Familien, wenn auch notdürftig, vor dem gänzlichen Verfall bewahrte. Natürlich hat dieses Gesetz in der heutigen Zeit der relativen Vollbeschäftigung glücklicherweise nicht mehr so große Aufgaben zu erfüllen; es bietet aber nach wie vor jedem arbeitenden Menschen einen sehr willkommenen Rückhalt für den Fall, daß er seinen Arbeitsplatz verliert. Für die Saisonberufe, zum Beispiel für die Angehörigen der Bauwirtschaft und der Fremdenverkehrswirtschaft, hat das Arbeitslosenversicherungsgesetz wie eh und je eine entscheidende Bedeutung.

Nach dem zweiten Weltkrieg hat die Republik Österreich ihre Sozialgesetzgebung noch weiter ausgebaut. Das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, kurz ASVG genannt, das im Jahre 1955 vom



Nationalrat beschlossen wurde, hat für viele zehntausende Arbeiter und Angestellte, die bereits aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden sind, gesetzliche Renten geschaffen, die ihren Lebensunterhalt sichern. Alle Dauerbefürsorgten, bei denen die Voraussetzungen für einen Bezug der neuen gesetzlichen Rente zutrafen, schieden deshalb aus der Fürsorge der Stadt Wien aus, wodurch sich ihre Zahl von Jahr zu Jahr fühlbar senkte. Dieser Prozeß wurde dann noch beschleunigt, als das gewerbliche Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz, kurz GSPVG genannt, im Jahre 1957 vom Nationalrat angenommen wurde. Dieses Gesetz sichert die Pensionsansprüche der in der gewerblichen Wirtschaft selbständig Tätigen. Tausende altgewordene Gewerbetreibende, die in den schweren Zeiten nach dem zweiten Weltkrieg ihren Betrieb aufgeben mußten, mittellos waren und deshalb die Leistungen der öffentlichen Fürsorge in Anspruch nehmen mußten, erhielten durch das neue Gesetz Pensionen zugesprochen, wodurch auch sie aus dem Kreise der Dauerbefürsorgten ausschieden.

Und nun will ich Ihnen zwei Zahlen nennen, die Ihnen den Wandel der Verhältnisse sehr drastisch aufzeigen. Im Jahre 1946 standen 56.260 Personen in der Dauerfürsorge der Gemeinde Wien. Ende 1959 betrug ihre Zahl nur mehr 9.880. Nach dem zweiten Weltkrieg, als 56.000 Dauerbefürsorgte vorhanden waren, mußte das Fürsorgewesen so ausgebaut sein, daß es seinen großen Aufgaben nachkommen konnte. Deshalb die Errichtung der Fürsorgeämter, die Ernennung von Fürsorgeamtsvorständen und deren Stellvertretern und die Bestellung von 3.360 ehrenamtlichen Fürsorgeräten. Aber bei 9.880 Dauerbefürsorgten von heute ist dieser große behördliche Apparat und die Heranziehung von so vielen ehrenamtlichen Fürsorgeräten nicht mehr notwendig. Und deshalb wurde im Zuge der jetzigen Reorganisation eine Verkleinerung des Beamtenapparates und eine Verminderung in der Zahl der ehrenamtlichen Fürsorgeräte auf 1.860 vorgenommen. Es wäre aber verfehlt und völlig unrichtig, zu glauben, daß damit eine Verminderung der Fürsorgeleistungen verbunden ist. Im Gegenteil! Die Gemeindeverwaltung wird die Ersparungen, die sich durch die Reduzierung des Amtsaufwandes ergeben, für die Erhöhung der Fürsorgeleistungen verwenden.

Allerdings muß festgestellt werden, daß die Fürsorgebehörden und Fürsorgeräte nicht nur die Dauerbefürsorgten zu betreuen haben.



Denn neben ihnen gibt es immer wieder Einzelpersonen und Familien, die vorübergehend in Not geraten und deshalb die öffentliche Hilfe in Anspruch nehmen müssen. Auch sie müssen betreut werden wie die Dauerbefürsorgten, auch auf sie muß das Amt und der Fürsorgerat seine Tätigkeit erstrecken. Dieser vorübergehende Notstand tritt erfahrungsgemäß in allen Bevölkerungsschichten auf und betrifft Menschen jeden Alters. Es ist nur recht und billig, wenn die Gemeinde allen diesen Personen, die unverschuldet hilfebedürftig geworden sind, diese Hilfe gewährt und ihnen dadurch wieder festen Boden unter den Füßen gibt.

Die jetzige große Reorganisation im Wiener Fürsorgewesen möchte ich heute auch zum Anlaß nehmen, um Ihnen ein wenig über den Werdegang der öffentlichen Fürsorge in Wien zu berichten. Es ist ganz gut, sich wieder einmal daran zu erinnern, um wieviel es in dieser Hinsicht jetzt besser bestellt ist als in der sogenannten "guten alten Zeit". Nur mehr die älteren Leute wissen, daß früher die arbeitsunfähig gewordenen alten Menschen, falls sie nicht rechtzeitig die Heimatberechtigung in Wien erlangten, nirgends Hilfe fanden, sondern in ihre Heimatgemeinde abgeschoben wurden. Dort kannten sie nach jahrzehntelanger Abwesenheit niemanden mehr und von der Gemeindeverwaltung, die sie zu betreuen hatte, wurden sie als unwillkommene und lästige Esser betrachtet. Nach dem ersten Weltkrieg, als die Republik daran ging, den klein gewordenen Staat halbwegs häuslich einzurichten, beschritt man im Wiener Fürsorgewesen vollkommen neue Wege und legte vor allem Gewicht auf seine Demokratisierung. Der soziale Fortschritt, der damals erreicht wurde, ist untrennbar verknüpft mit dem Namen des großen Arztes Professor Julius Tandler, der der Wegbereiter und Organisator des modernen Fürsorgewesens wurde und dessen Wiener Schöpfungen später vielen anderen Ländern Vorbild waren.

Sein idealer Grundsatz, daß der einzelne Mitbürger, wenn er unverschuldet in Not gerät, ein Recht auf die solidarische Hilfe der Gemeinschaft hat, ermöglichte es, die Not in allen ihren Schlupfwinkeln aufzuspüren und zu bekämpfen. Er schuf zu diesem Zweck die Institution der ehrenamtlichen Fürsorgeräte, die in demokratischer Weise aus allen Bevölkerungsschichten, aber hauptsächlich aus den Schichten der arbeitenden Menschen herangezogen wurden. In ihrer Arbeit widerspiegelt sich am deutlichsten die



soziale Lage der Bevölkerung. Krisen und Massenarbeitslosigkeit vor dem zweiten Weltkrieg gaben ihrem Aufgabenkreis ein besonderes Gepräge. Eine Bewährungsprobe besonderer Art mußten das Fürsorgewesen und damit vor allem die Fürsorgeräte nach dem zweiten Weltkrieg ablegen. Es war ja praktisch die gesamte Bevölkerung fürsorgebedürftig geworden, aber die Möglichkeit zu helfen, sehr gering. In dieser Zeit waren die ausländischen Aktionen eine außerordentliche Hilfe, nicht nur weil sie beitrugen, die materielle Not zu lindern, sondern weil wir Wiener daraus ersehen konnten, daß wir von unseren vielen Freunden in der weiten Welt nicht vergessen waren. Fast alle diese ausländischen Hilfsaktionen wurden im Rahmen des städtischen Fürsorgewesens durchgeführt und es bleibt für immer ein Ruhmesblatt der Fürsorgeämter und der Fürsorgeräte, daß niemals Durchstechereien vorkamen und die Fürsorgeräte sich nie einen persönlichen Vorteil verschafften. Unsere Freunde in der Schweiz und in Schweden, in Dänemark und Holland, in Amerika und England und in anderen Ländern, konnten die beruhigende Gewißheit haben, daß ihre großzügige Hilfsbereitschaft von niemandem mißbraucht, sondern den Hilfsbedürftigen zugute gekommen ist.

Damals war es wieder ein Arzt, Primarius Dr. Ferdinand Freund, dem die schier übermenschliche Aufgabe übertragen wurde, als Stadtrat für das Fürsorgewesen die riesengroße Not wirksam zu bekämpfen. Er baute das Fürsorgewesen wieder zu einer demokratischen und leistungsfähigen Einrichtung auf. Als der im vergangenen Jahr verstorbene Vizebürgermeister Honay im Jahre 1949 als Nachfolger von Stadtrat Freund das bereits wohlgeordnete Fürsorgewesen übernahm, konnte er schon darangehen, eine weitere Leistungssteigerung vorzubereiten. Der schrittweise Ausbau ging Hand in Hand mit der langsam aber stetig steigenden Besserung der Lebenshaltung und so wurden Fürsorgeleistungen eingeführt, an die man früher nicht einmal im Traum zu denken wagte: Ausflugsfahrten in die schöne Bergwelt für unsere Altersheimpfleglinge, Muttertagsfeiern auf dem Kahlenberg, die Tagesheimstätten für die Befürsorgten im Winter, in denen sie nicht nur Wärme und Jause, sondern auch Geselligkeit vorfinden. Und dann die Urlaube in der näheren und weiteren Umgebung Wiens, in landschaftlich schöner Lage, die ein besonders großes Erlebnis für unsere befürsorgten Alten sind. Ja, daß zum Abschluß dieser Urlaubsaktion alljährlich ihre Teilnehmer bei einer echten Wiener Operette noch



einmal versammelt werden, das ist ein Akt der Solidarität für unsere alten Mitbürger, auf den alle Wiener mit Recht stolz sein können.

An allen diesen Fortschritten haben die jetzt scheidenden Fürsorgeamtsvorstände und ihre Stellvertreter und alle Fürsorge- räte einen wesentlichen Anteil gehabt. Wenn nun durch die Re- organisation Veränderungen eingetreten sind, dann können gerade sie das Bewußtsein haben, daß sie im stillen und manchesmal un- bedankt als verantwortungsbewußte Helfer für ihre Mitbürger gewirkt haben. Ihre Arbeit und ihre Leistungen werden unvergessen bleiben und der Grundsatz, der sie geleitet hat, soll auch weiter- hin die oberste Richtschnur für das Wiener Wohlfahrtswesen bleiben: Niemand, auch nicht der ärmste unserer Mitbürger, soll aus der großen Gemeinschaft aller Wiener ausgestoßen sein. Und unseren alten Mitbürgern soll die Furcht vor der Einsamkeit und vor dem Vergessensein genommen werden."

- - -

#### Bilanz zweier Kreditaktionen

=====

18. Jänner (RK) Nunmehr liegt die Bilanz von zwei Kredit- aktionen der Stadt Wien bis Jahresende vor. Es handelt sich dabei um die Aktion zur Anschaffung von Einbauküchen und Kühlschränken und um die Kreditaktion an landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebe in Wien.

Die Kreditaktion zum Ankauf von Einbauküchen und Kühl- schränken läuft seit September 1958. Sie wurde als Erweiterung der Aktion beschlossen, die Kredite für die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Wiener Althäusern vorsah. Bis Jahresende wurden in insgesamt 6.504 Fällen Kredite mit einer Summe von 22,5 Millionen gewährt.

Die Kreditaktion für landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebe verzeichnet bis Jahresende 30 Kredite an landwirtschaft- liche Betriebe mit einer Summe von 1,3 Millionen Schilling und 416 Kredite für Gewerbebetriebe mit 21,4 Millionen. Insgesamt wurden also aus dieser Aktion 446 Kredite mit einer Gesamtsumme von 22,7 Millionen Schilling ausgezahlt.

- - -



Ein Geschenk aus Mainz für den Wiener Bürgermeister  
=====

18. Jänner (RK) Eine Gruppe österreichischer Journalisten, die kürzlich in der alten Bischofsstadt Mainz die neue Produktionsstätte für Jenaer Glas besichtigte, übernahm für Bürgermeister Jonas ein Geschenk seines Mainzer Amtskollegen, Oberbürgermeister Stein. Es handelt sich um eine Glasschale, die aus einer kostbaren optischen Linse hergestellt wurde. Der Presseattaché der Deutschen Botschaft Kempnick und Redakteur Baumann überbrachten heute früh Bürgermeister Jonas das Geschenk.

- - -

Explosion und Brand im Philips-Haus  
=====

Der Großbrand war nach einer Stunde gelöscht

18. Jänner (RK) Sonntag, um 2.41 Uhr früh, wurde die Feuerwehrzentrale von einem durch eine Explosion ausgelösten Brand im Kellertrakt des Gebäudes der Firma Philips auf dem Schwarzenbergplatz verständigt. Als ein verstärkter Bereitschaftszug kurz nachher beim Brandort ankam, schlugen den Löschmannschaften bereits hohe Flammen aus dem Parterre entgegen. Die Druckwelle der gewaltigen Explosion hatte sämtliche Fenster des Gebäudes zertrümmert. Mit Hilfe von zwei nachalamierten Bereitschaftszügen gelang es der Feuerwehr in etwa einer Stunde den Brand zu löschen. Dadurch, daß im letzten Augenblick ein Übergreifen der Flammen auf den Heizölbehälter mit 1.000 Liter Inhalt verhindert werden konnte, wurde eine Katastrophe größten Ausmaßes abgewehrt.

Der Brandschaden wird mit vier Millionen Schilling angegeben. Die Ursache der Explosion ist noch nicht geklärt. Die Mannschaften der Feuerwehr waren auf dem Schwarzenbergplatz den ganzen Sonntag mit Aufräumarbeiten beschäftigt.

Bei der nächtlichen Löschaktion wurden drei Feuerwehrmänner verletzt. Der Oberfeuerwehrmann Karl Kucera wurde vom Städtischen Rettungsdienst mit Schnittwunden ins Krankenhaus gebracht.

- - -



Fortsetzung der Schneeräumung  
 =====

18. Jänner (RK) In der Nacht von Samstag auf Sonntag arbeitete die Stadtreinigung mit der "Nachtpartie" und 573 aufgenommenen Arbeitern an der Schneeabfuhr auf Straßen und Märkten. Zwei Schneelademaschinen und 58 Lastkraftwagen waren außerdem eingesetzt.

Am Sonntag wurden die Räumungsarbeiten nur in Liesing weitergeführt, um den Mannschaften der Straßenpflege und des Fuhrparkes eine Ruhepause zu gewähren. Im 23. Bezirk waren die Schneefälle besonders intensiv gewesen, sodaß dort eine Unterbrechung der Arbeiten nicht vertretbar war. Es arbeiteten 652 Mann, unterstützt von drei Schneelademaschinen, 18 Lastkraftwagen, 14 Schneepflügen und fünf Streuautos.

Heute, Montag, wurde wieder die gesamte Mannschaft der Straßenpflege mit 1.048 Mann, verstärkt durch 2.223 aufgenommene Schneearbeiter, zur Schneeabfuhr eingesetzt. Ferner waren 13 Schneelademaschinen und 206 Lastkraftwagen sowie 43 Streufahrzeuge in Tätigkeit.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 18. Jänner  
 =====

18. Jänner (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 5 Stiere, 37 Kühe, Summe 42. Inland Neuzufuhren: 140 Ochsen, 220 Stiere, 529 Kühe, 107 Kalbinnen, Summe 996. Neuzufuhren Ausland Ungarn: 7 Stiere, 14 Kühe, 29 Kalbinnen, Summe 50. Polen: 33 Stiere, 106 Kühe, 4 Kalbinnen, Summe 143. Gesamtauftrieb: 140 Ochsen, 265 Stiere, 686 Kühe, 140 Kalbinnen, Summe 1231. Verkauft wurde alles. Preise: Ochsen 10 bis 12.50 S, extrem 12.60 bis 13.30 S; Stiere 11.30 bis 13.20 S, extrem 13.30 bis 13.50 S; Kühe 7.70 bis 10.80 S, extrem 11 bis 11.50 S; Kalbinnen 10 bis 12.50 S, extrem 12.60 bis 13 S. Beinlvieh Kühe 7.20 bis 9.20 S, Ochsen und Kalbinnen 9 bis 10.50 S. Marktverkehr: Der Durchschnittspreis für Inlandrinder erhöhte sich bei Ochsen um 3 Groschen, bei Stieren um 15 Groschen, bei Kühen um 9 Groschen und bei Kalbinnen um 4 Groschen je Kilogramm. Beinlvieh erhöhte sich bis zu 20 Groschen je Kilogramm. Er beträgt: Ochsen 11.30 S, Stiere 12.36 S, Kühe 9.44 S, Kalbinnen 11.72 S. Ungarische Stiere notierten von 12.20 bis 12.80 S, Kühe 9.70 bis 12S, Kalbinnen 11 bis 12.30, Polnische Stiere notierten von 12 bis 13 S, Kühe von 8.50 bis 10.50 S, Kalbinnen 9.80 bis 11 S.